

Nur nicht nach Hause

Bleiben, bis ein Job gefunden ist: Das versucht trotz der Krise die Mehrzahl der arbeitslosen Migranten in Shanghai. Wieder aufs Land, zurück in ihre Heimatdörfer, das wollen sie alle nicht. Stattdessen hoffen sie auf den Aufschwung

Von Christiane Kühl in Shanghai

DER JUNGE MANN fasst mit großer Geste in die Tasche seiner Jeans. Er sucht und gräbt und schaut betroffen drein, schließlich holt er ein paar zerknitterte Scheine heraus. „Hier, das ist alles, was ich habe“, sagt Wang Tao. Dann lacht er auf, mit einer Verbeugung geht sein kleines Bühnenstück zu Ende. Der schlaksige Mann ist ein Schauspieler, aber sein Stück ist das echte Leben: Wang, der in Wirklichkeit anders heißt wie alle Arbeitslosen in dieser Geschichte, hat keine Arbeit. Früher klebte er in einer privaten Werkstatt Teppiche in Autos und verdiente 2000 Yuan im Monat, umgerechnet knapp 200 Euro. Das war gut das Doppelte des offiziellen Shanghai Mindestlohns von 960 Yuan. Seit Monaten sucht er jetzt Arbeit, und reichen würde „irgendwas, das mich am Leben erhält“.

Die Geschichte des jungen Manns aus der nördlichen Küstenprovinz Shandong ist typisch für das Leben eines Wanderarbeiters im China der globalen Wirtschaftskrise. Im Dezember schickte ihn sein Boss in den Zwangsurlaub, weil er keine Aufträge mehr bekam. Wang fuhr nach Hause und blieb dort bis zum Neujahrsfest Ende Januar, dem höchsten Feiertag Chinas. Hinterher kam er zurück. „Und da sagte mein Chef: „Nein, jetzt



Aus Baumaterial haben sich Wanderarbeiter aus der Provinz Anhui Hütten und Möbel gebaut. Sie haben noch Arbeit auf der Baustelle, viele andere haben sie in der Krise verloren

brauche ich dich nicht mehr.“ Zurückgegangen in sein Dorf ist Wang nicht. Er blieb in Shanghai, und er wird bleiben. So lange, bis er einen neuen Job findet – oder bis wirklich nur noch das Geld für ein Heimfahrtticket übrig ist.

Vormittag in einem der vier Jobzentren für Wanderarbeiter in Shanghai: Wang und andere suchen

den rettenden Strohalm. 2007 hatte die Stadtregierung die Zentren eingerichtet. Damals brauchte Shanghai Baubranche dringend Arbeiter und die Fabriken Männer und Frauen für die Fließbänder. Rund 225 Millionen Chinesen zählte Peking Ende 2008 als „ländliche Arbeiter“. Gut 140 Millionen von ihnen arbeiten fernab der Heimatdörfer. Chinas starres Haushaltsregister aus der Mao-Ära aber führt Personaldaten von Migranten nach wie vor dort, wo sie herkommen – und nicht dort, wo sie arbeiten. Daher tauchen sie in keiner Arbeitslosenstatistik auf: Wie viele auf der Straße landen, das ahnt die Regierung nur. Im Januar sprach Peking von 20 Millionen arbeitslosen Wanderarbeitern, nach dem Neujahrsfest von 23 Millionen – und seit Mai ist die Rede von sogar 30 Millionen.

Shanghai und das Jangtse-Delta sind neben der Südprowinz Guangdong an der Grenze zu Hongkong die Produktionsbasen des Landes, in die es die Wanderarbeiter zieht. Hier fertigen viele, auch ausländische Firmen, zum großen Teil für den Export – der im Herbst einbrach, bisher ohne Aussicht auf Erholung. Firmen gingen pleite oder reduzierten Produktion und Belegschaft. Parallel kollabierte der überhitzte Bausektor. Am Jangtse werden zudem viele Schiffe gebaut – die in der Handelsflaute auch niemand mehr braucht. Über eine



Ein Fahrrad und leere Zementsäcke: der Besitz eines Arbeiters in Peking

Viertelmillion Migranten verloren im ersten Quartal allein in Shanghai ihre Jobs. Während einige heimkehrten oder anderswo Arbeit suchten, seien immer noch 166 000 in der Stadt, sagt Zhou Haiyang, Direktor der Shanghai Behörde für Arbeit und Soziales.

Einige von ihnen stehen nun neben Wang im mit grünem Glas überspannten Innenhof des Arbeitslosenzentrums von Pudong. Es liegt am staubigen Rand des Stadtteils, der eher für den glitzernden Bankendistrikt mit zweien der höchsten Wolkenkratzer der Welt bekannt ist. Wu Shaodong prüft die Arbeitsangebote auf mit Kreide beschriebenen Tafeln. Siemens etwa sucht einen Koch, Nestlé eine Handvoll Fabrikarbeiter. Die Chance, hier Arbeit zu finden, schätzt Wu auf „fünf Prozent“. Der 35-jährige aus der Inlandsprovinz Anhui

trägt Jackett und helles Oberhemd. „Man muss sich doch seine Würde bewahren“, sagt er ernst. Bis zum Ausbruch der Krise war Wu Lastwagenfahrer für eine Handelsfirma. Nach deren Bankrott fuhr er auf eigene Rechnung weiter, so lange, bis ihm die Kunden wegblieben – „wegen der Krise“, sagt er.

Das Wort „weiji“, Krise, hat sich ins kollektive Bewusstsein eingebrannt. In jedem Dorf diskutierten die Familien während der Neujahrsfeiertage, ob es sich lohne, trotz „weiji“ wieder in die Städte zu gehen. „Viele aus meinem Dorf sind hier als Lastwagenfahrer, Obstverkäufer oder Fabrikarbeiter, und einige haben ihre Arbeit verloren“, erzählt Wu. „Die meisten wollen nicht zurück. Zu Hause gibt es auch keine Arbeit, und für den Aufbau eines eigenen Geschäfts fehlt uns das Kapital.“ Gar wieder mit krummem Rücken die Äcker zu pflügen, das kommt erst recht niemandem in den Sinn, denn in all den Jahren sind sie Städter geworden.

Wu hat Glück, seine Frau ist Kindermädchen, ihr Gehalt reicht gerade für Miete und Schulgeld für die zehnjährige Tochter. Wu würde auch Taxi fahren. „Aber das dürfen nur registrierte Shanghai, überhaupt gibt es so viele Restriktionen, die besten Jobs sind für Shanghai reserviert“, klagt Wu und zuckt die Achseln. Umstehend murmeln Zustimmung. Sie sind Ausgrenzung

gewohnt. Das Registrierungssystem trennt gnadenlos zwischen Städtern und Landbevölkerung, Einheimischen und Zuwanderern. Illusionen hat Wu keine – weder über die Politik noch die Arbeitsvermittlung. „Manche sind Betrüger und verlangen zehn Yuan, wenn du dich registrierst. Dabei haben sie gar keine Jobs“, sagt Wu. Um 500 Yuan habe ihn vor einiger Zeit ein illegaler Agent geprellt.

Chen Yun hat von der Stadt eines der kleinen kahlen Büros rings um den Innenhof gemietet für seine Jobagentur. Die Räume sind alle gleich: ein paar Stühle für Wartende und ein oder zwei Schreibtische, hinter denen Angestellte eifrig telefonieren. „Wir haben nicht viele freie Stellen im Angebot. Wenn die Firmen überhaupt noch suchen, dann vielleicht einen oder zwei Menschen pro Job, während sie früher gleich größere Gruppen



Eine Schale Nudeln: Mittagspause in Chinas Hauptstadt

brauchten“, sagt der 23-Jährige. Außerdem seien die Löhne geringer, die Pakete schlechter: Firmen, die früher noch einen Schlafplatz im Arbeiterwohnheim anboten, sparen heute dieses Geld.

Gesucht werden Techniker, Facharbeiter oder Wachmänner. Ein älterer Mann mit einem abge-schabten Cordsacko und Gelfrisur zupft Chen am Arm: „Haben Sie was für einen Ungelernten? Hausmeister oder so?“ Chen schüttelt den Kopf und seufzt. „Ungelernte haben es derzeit sehr schwer.“ Selbst ein Wachmann muss mindestens die Mittelschule abgeschlossen haben, das hat auf dem Land bei Weitem nicht jeder.

Chen ist selbst ein Zugereister. Im Februar 2008 kam er aus der



Chen Yun ist Arbeitsvermittler in Shanghai. Viel hat er nicht zu tun

Kohleprovinz Shanxi nach Shanghai. Erst arbeitete er für eine andere Agentur, dann machte er sich selbstständig. Kurz vor der Krise, die auch ihn beutelt: Ohne Jobs keine Vermittlungsgebühren. Den Arbeitssuchenden empfiehlt Chen, sich mehr im Servicesektor umzusehen. Das sei für konservative Chinesen vom Land oft undenkbar, denn andere zu bedienen gelte traditionell als Gesichtsverlust. „Aber in der Krise müssen die Menschen eben ihre Einstellung ändern.“

Chen Yun rechnet nicht vor August mit einer Besserung. Erste Indikatoren deuten auf einen ersten Lichtstreif am Horizont. Andy Rothman von der Investmentbank CLSA in Shanghai etwa erwartet, dass das „deutliche Anziehen“ des Immobiliensektors bald wieder Stellen schafft. Er beobachtet, dass auch erste Fabriken wieder einstellen. Der CLSA-Produzenten-Index für China überschritt im April mit 50,1 erstmals knapp wieder die 50-Punkte-Marke, die eine Belebung signalisiert.

Draußen an der Straße braten ein paar Männer an Garküchen scharfe Nudeln mit Gemüse und Ei. Wang Xia aus Sichuan und Meng Wangping aus Anhui sitzen auf Holzschemeln um ein Tischchen. Die beiden Frauen mit Jeansjacken und Fransenfrisur sind 22. Wang war vor der Krise Textilarbeiterin in Guangdong und kam nach dem Neujahrsfest nach Shanghai, um hier ihr Glück zu versuchen. Untergeschlüpft ist sie bei einem Cousin. „Zu Hause ist es langweilig. Bei der lokalen Schnapsfabrik gäbe es sogar Arbeit. Aber ich habe keine Lust darauf“, sagt Wang.

Auch ihre Freundin Meng ist – trotz der Krise – nicht für alles zu haben. Sie hat derzeit sogar Arbeit, in einer Unterwäschefabrik, aber sie ist unzufrieden damit: „Schlecht bezahlt ist die Arbeit, es gibt mieses Essen und Sechstageswoche.“ Meng und Wang stellen ihre leeren Nudelschalen zur Seite. Dann springen sie auf und eilen davon, getrieben von der Hoffnung: Die beiden haben ein Vorstellungsgespräch bei einer Elektronikfirma.

Wir haben sogar ein Mittel gegen die Krise: Forschung und Entwicklung.

4,8 Milliarden Euro haben wir 2008 in Deutschland für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Das sind 13 Millionen Euro täglich und damit mehr als 10% der Investitionen in Forschung und Entwicklung der gesamten Industrie in Deutschland. Eine Investition, die nicht nur Ihrer Gesundheit zugute kommt, sondern auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland. www.vfa.de

Forschung ist die beste Medizin.

vfa. Die forschenden Pharma-Unternehmen

Kreative Zerstörer müssen jetzt den Kapitalismus retten

DIE DRAMATIK DER Wirtschaftskrise hat eine Debatte über die Grundsätze des Kapitalismus entfacht. Es ist wichtig und richtig, dass diese Debatte geführt wird. Denn die Krise hat auch die modernen Wirtschaftswissenschaften erschüttert. Als falsch erwiesen haben sich die Annahmen, dass die Politik geeignete Instrumente zur Konjunktursteuerung entwickelt hat, dass die Zentralbanken allmächtig sind, dass extreme zyklische Schwankungen der Vergangenheit angehören – und dass die Finanzmarktakteure rational mit Risiken umgehen können.

Ist nun der Moment gekommen, den der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter vor Augen hatte, als er von „schöpferischer Zerstörung“ sprach? Wie kein anderer Ökonom des 20. Jahrhunderts sorgte sich Schumpeter um die „Zer-

brechlichkeit“ des Kapitalismus. Er selbst hatte verschiedene Formen der Zerstörung miterlebt, die Wirren der Weimarer Republik ebenso wie das Terrorregime der Sowjet-ära, die Weltwirtschaftskrise der



GASTBEITRAG
Von Carl Schramm

30er-Jahre und das Chaos des Zweiten Weltkriegs. Doch nach all diesen Erfahrungen konzentrierte sich Schumpeters Werk auf das Unternehmertum, das nach seiner Theorie die Wirtschaft durch „schöpferische Zerstörung“ erneuern kann.

Wäre Schumpeter noch am Leben, er würde wohl zwei Fragen stellen: Was sind die Ursachen der Krise? Und liegt die Dramatik die-

ser Krise womöglich in der Natur des Kapitalismus?

Die Ursachen sind lang und breit diskutiert worden. Widmen wir uns daher der zweiten Frage. Man könnte sie auch so stellen: Was können wir tun, um den Kapitalismus vor einer potenziell fatalen Reaktion zu retten? Erinnern wir uns zunächst daran, dass Schumpeter den Kapitalismus selbst nicht als Reaktion sah – oder etwa als zweitbeste Alternative zur unproduktiven Realität der utopischen Planwirtschaft. Vielmehr war der Kapitalismus für ihn die Grundvoraussetzung zweier Kräfte, die einander ergänzen – wirtschaftliches Wachstum und individuelle Freiheit.

Wer das eine opfert, so Schumpeter, der gefährdet das andere. Unmissverständlich würde er uns heute klarmachen, dass – aller krisenbedingten Zweifel zum Trotz – die

Freiheit des Einzelnen nur in einer wachsenden Volkswirtschaft gewährleistet werden kann. Am Beispiel der Entwicklungsländer hat auch der aus Indien stammende Harvard-Ökonom Amartya Sen diesen Zusammenhang aufgezeigt.

Denn nur im Kapitalismus können Reichtum und Freiheit nebeneinander bestehen. Auch der gesamtgesellschaftliche Wohlstand ist in keiner anderen Sozial- oder Wirtschaftsordnung schneller gestiegen als im Kapitalismus. Doch unter dem Druck der aktuellen Krise ist eine Zukunft, in der Wachstum und Freiheit einander gegenseitig ermöglichen und als Anker der Zivilgesellschaft dienen, alles andere als gewiss. Offenbar wird immer dann, wenn die unvermeidbare, unvorhersagbare Rezession kommt, die Kapitalismuskritik besonders laut und mächtig.

Aus Schumpeters Sicht ermöglicht erst der Erfolg des Kapitalismus den wohlhabenden Gesellschaften, die unpersönlichen Gesetze des Marktes durch staatliche Eingriffe so zu beschneiden, dass die Bürger vor Risiken und Misserfolgen angemessen geschützt sind. Schumpeter konnte das am Bismarck'schen Sozialstaat beobachten. Um ihre eigene Position gegen die marxistische Bedrohung zu verteidigen, ließ die Elite durch den Staat Sozialleistungen verteilen.

Die Schumpetersche Kernfrage lautet: Ist der Kapitalismus zu retten? Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy brachte es im Oktober 2008 treffend auf den Punkt: „Die Finanzkrise ist keine Krise des Kapitalismus. Es ist vielmehr die Krise eines Systems, das sich von den grundlegendsten Werten des Kapitalismus entfernt hat – eines

Systems, das Verrat am Geist des Kapitalismus begangen hat.“

Durch die anhaltende Finanzkrise gerät der unternehmerische Kapitalismus in Gefahr. Die Menschen in aller Welt setzen heute eher auf Sicherheit als auf individuelle Risikobereitschaft. Diese Reaktion ist rational – problematisch wird es allerdings, wenn die Gewährleistung der eigenen Sicherheit nur noch der Regierung zuge-traut wird. Wir müssen verstehen, dass der beste Garant unserer Sicherheit nicht die Politik ist, sondern wirtschaftliches Wachstum. Auch wenn wir es nicht wahrhaben wollen: Keine Regierung der Welt kann dauerhaften wirtschaftlichen Wohlstand gewährleisten. Diese Garantie kann durch nichts und niemanden übernommen werden. Daher muss es uns gelingen, auf pragmatische Weise den Menschen

wieder ein stärkeres Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, ohne den Staat immer größer und mächtiger werden zu lassen.

Für Joseph Schumpeter kann die Erneuerung des demokratischen Kapitalismus nur durch diejenigen vollzogen werden, die angesichts aller Herausforderungen um uns herum das tun bereit sind, was Unternehmer tun: die neue Ideen entwickeln, Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand generieren, der für eine lebenswerte Zukunft notwendiger ist als je zuvor. Der unternehmerische Kapitalismus aber kann nicht erfolgreich wiederbelebt werden, wenn immer neue staatliche Sicherungsprogramme das Prinzip der Eigenverantwortung untergraben.

Carl Schramm ist Präsident und Vorstandschef der Kauffman Foundation in Kansas City/USA